

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1903

19.6.1903 (No. 165)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 19. Juni.

№ 165.

1903.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonaufschluß Nr. 164), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Druckfachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsentwürfe werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 27. Mai d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Posttrat Otto Palm in Stettin das Ritterkreuz I. Klasse Höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 9. Juni d. J. gnädigst bewogen gefunden,

dem Geheimen Oberregierungsrat Dr. Karl Krens im Ministerium des Innern das Ritterkreuz Höchstihres Ordens Berthold des Ersten, ferner den Landwirtschaftsinspektoren Jakob Friedrich Huber in Offenburg und Friedrich Stengle in Bühl, sowie dem Registrator Heinrich Fackler beim Ministerium des Innern das Ritterkreuz zweiter Klasse Höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 12. Juni d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Fürstlich Schaumburg-Lippeschen Polizeiaufsicher R. Sonebein in Bieleburg die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Ministerialrat Dr. Friedrich Nicolai in Karlsruhe die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von Hessen verliehenen Komturkreuzes II. Klasse des Verdienstordens Philipps des Großmütigen und dem Rechnungsrat Karl Laub daselbst die gleiche Erlaubnis für das Ritterkreuz II. Klasse desselben Ordens zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 15. Juni d. J. gnädigst geruht, den Amtsvorstand, Geheimen Regierungsrat Hermann Mebe in Pforzheim zum Ministerialrat im Ministerium des Innern zu ernennen;

in gleicher Eigenschaft zu versetzen: den Amtsvorstand, Oberamtmann Karl Philipp Jolly in Weinheim nach Pforzheim,

den Amtsvorstand, Oberamtmann Karl Anton Steiner in Oberkirch nach Weinheim und den Amtsvorstand, Oberamtmann Dr. Karl Max Renner in Neßkirch nach Oberkirch;

zu ernennen: den Amtmann Otto Sternberg in Ettenheim zum Oberamtmann und Amtsvorstand daselbst und den Amtmann Karl Giehne in Pforzheim zum Oberamtmann und Amtsvorstand in Neßkirch;

den Amtmann Karl von Wibleben in Karlsruhe in gleicher Eigenschaft nach Schopfheim zu versetzen;

die Amtmänner Alfred Tritscheler, Sekretär bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues, und Rudolf Dürr, Sekretär beim Ministerium des Innern, ersteren dem Bezirksamt Pforzheim, letzteren dem Bezirksamt Karlsruhe als Beamte beizugeben;

ferner die Referendäre Dr. Ernst Klotz aus Helm-lingen und Dr. Carl Cadembach aus Aachen-Burtscheid unter Verleihung des Titels als „Amtmann“, ersteren zum Sekretär beim Ministerium des Innern, letzteren zum Sekretär bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Teil.

Nach der Wahl.

Das Ergebnis der Reichstagswahl vom 16. Juni ist die naturgemäße Folge der Zersplitterung der bürgerlichen Parteien. Wer über den charakteristischen Zug der diesmaligen Hauptwahl noch im Zweifel sein könnte, würde durch das Triumphgeschrei, welches die Sozialdemokraten in ihrem Zentralorgan anstimmten, auf die richtige Spur geführt werden. In der Tat ist nicht die Niederlage, welche die extreme Richtung des Agrarierturns im allgemeinen und die Leitung des Bundes der Landwirte im besonderen bei diesen Wahlen erlitten haben, noch die Tatsache, daß die freihändlerisch-bürgerlichen Parteien im ersten Wahlgang kein einziges

Mandat errungen, wohl aber eine ganze Reihe von endgültigen Verlusten zu verzeichnen haben, das in erster Linie bemerkenswerte Ergebnis dieses Wahlkampfes. Die Sozialdemokraten haben die Zahl ihrer Mandate um mehr als 75 Proz. gegenüber den Hauptwahlen von 1898 vermehrt, sie sind nach dem ersten Wahltage schon stärker, als sie vor fünf Jahren nach dem Abschluß der Stichwahlen waren. Ueber die Gründe, welche zu dieser im höchsten Grade unerfreulichen Erscheinung geführt haben, sich heute auseinanderzusetzen, ist zwecklos. Die Tatsache des starken Wahlerfolges der Sozialdemokraten, sowohl in bezug auf die von ihnen bereits erlangten Mandate als auf die Stimmzahl, spricht für sich allein und weist mit der größtmöglichen Deutlichkeit darauf hin, wie die bürgerlichen Parteien sich bei den bevorstehenden Stichwahlen zu verhalten haben werden. Daß der extrem-agrarische Flügel einen beträchtlichen Einfluß auf den Gang der Reichspolitik gewinnen könnte, ist jetzt schon gänzlich ausgeschlossen; ebenso würde es vergebliche Liebesmühe sein, wenn man den Versuch unternähme, durch Unterstützung der Sozialdemokraten bei den Stichwahlen der freihändlerischen Richtung ein Uebergewicht im Reichstage zu verschaffen. Selbst bei sehr günstigem Ausgange der Stichwahlen für die sozialdemokratischen und bürgerlichen Freiwähler ist nach den Ergebnissen der Wahlen vom 16. d. M. eine gemäßigtere schützöllnerische Mehrheit im nächsten Reichstage wieder mit Bestimmtheit zu erwarten. Phantomen nachzujagen hat daher keinen Zweck, vielmehr tritt unter den obwaltenden Umständen die Tatsache in den Vordergrund, daß die Sozialdemokratie auf Kosten aller bürgerlichen Parteien ihre Erfolgserwartung, und daß sie den Bestreben aller bürgerlichen Parteien, das Zentrum selbst nicht ausgenommen, in immer stärkerer Maße gefährdet. Weiter unterliegt es keinem Zweifel, daß, je größer der Erfolg der Sozialdemokratie bei den jetzigen Wahlen ist, umso mehr die verbende Kraft der Partei bei den großen Massen steigt. Die bürgerlichen Parteien haben daher das gemeinsame gleiche Interesse durch eine sachgemäße Taktik bei den Stichwahlen nach Kräften weiteren Fortschritten der Sozialdemokratie in bezug auf die Erringung von Mandaten sowohl, als in bezug auf den Einfluß bei den großen Massen entgegenzuwirken. Vereinigen sich die bürgerlichen Parteien bei den Stichwahlen, so werden sie in der Lage sein, mit ganz seltenen Ausnahmen den Sieg über die Sozialdemokratie zu erringen. Sie haben es in der Hand, nicht nur eine starke Vermehrung der sozialdemokratischen Mandate im Reichstage zu verhindern, sondern auch den Eindruck des einmaligen großen Erfolges auf die breiten Massen durch nachfolgende Niederlagen bei den Stichwahlen wettzumachen. Läge es an sich nicht schon im Interesse der Selbsterhaltung aller bürgerlichen Parteien, da wo es um einen ernstlichen Kampf gegen die Sozialdemokratie sich handelt, die Streitart zu begraben und gemeinsam Front gegen den gemeinsamen Gegner zu machen, so enthalten für alle bürgerlichen Parteien die Wahlen vom 16. Juni die dringende Mahnung, gegenüber dem sie alle so stark bedrohenden gemeinsamen Gegner die trennenden Momente zurückzustellen und sich bei den Stichwahlen mit voller Kraft demjenigen bürgerlichen Kandidaten zuzuwenden, welcher mit dem Sozialdemokraten zur Stichwahl steht. Man wird sich bei allen bürgerlichen Parteien sagen müssen, daß die schwerwiegenden, auf dem Spiele stehenden politischen Interessen dazu nötigen, Gefühlsrückichten zurückzustellen, und daß es ein zwingendes Gebot politischer Selbsterhaltung ist, an dem Stichwahltag mit ganzer Kraft die Kandidaten bürgerlicher Parteien, welche mit den Sozialdemokraten zur Stichwahl stehen, zu unterstützen.

Eine geradezu schmachliche Niederlage haben die bürgerlichen Parteien in Sachsen erlitten. Die endgültige Feststellung der Wahlergebnisse durch die Wahlkommission findet zwar erst am 20. Juni statt, es wird dadurch aber kaum eine wesentliche Aenderung an den telegraphisch mitgeteilten Ergebnissen eintreten, die erkennen lassen, daß der Bestreben der Sozialdemokraten, dank der sträflichen Lässigkeit eines beträchtlichen Prozentsatzes der wahlberechtigten Staatsbürger, sich schon im ersten Wahlgange bedeutend vermehrt hat. War die sozialdemokratische Partei an den 23 Reichstagswahlkreisen Sachsens bisher mit 12 Mandaten beteiligt, so besitzt sie schon heute nunmehr deren 18, hat also einen Zuwachs von 6 erhalten. Außerdem gelangt sie noch in 5 Wahlkreisen zur Stichwahl. Dieses beschämende Resultat würde selbst im

Industrielande Sachsen nicht allenthalben möglich gewesen sein, wenn sich alle wahlberechtigten Männer ihrer Pflicht als Staatsbürger bewußt gewesen wären; in den beiden Dresdner Wahlkreisen (IV. und V.) beispielsweise sind nicht weniger als 20 Proz., das ist der fünfte Teil aller Wahlberechtigten, der Urne ferngeblieben. Da ganz sicher anzunehmen ist, daß jeder den sozialdemokratischen Ideen Ergebene seine Stimme für seinen Kandidaten abgegeben hat, so darf ohne weiteres gefolgert werden, daß die Tausende fehlender Stimmen den Kandidaten der Ordnungsparteien verloren gegangen sind. Auch die in Sachsen nicht minder wie anderwärts erfolgte Stimmenzerpflünderung infolge ganz unnützer Aufstellung ausschichtsloser Zählkandidaturen rächt sich an den Ergebnissen in schlimmster Weise, der lachende Dritte ist fast überall, wo derartige Sonderkandidaturen durchgeführt wurden, die Sozialdemokratie.

Noch haben die bürgerlichen Parteien die Macht, am Stichwahltag den Ausfall der Hauptwahl zu korrigieren. Aber heute schon darf und muß gesagt werden: die Lässigkeit und Sonderbündelei weiter bürgerlicher Kreise, auch solcher die sich zur Intelligenz zählen, ist einzig und allein schuld an dem Zuwachs der sozialdemokratischen Reichstagsmandate. Manche glauben ihre Zurückhaltung, mit angeblicher Abneigung gegen politische Dinge entschuldigen zu können; in Wahrheit ist aber diese falsch verstandene und geübte „Bornehmtheit“ nichts weiter als ein straflicher und skandalöser Mangel an Pflichtgefühl.

Reichstags-Wahlergebnisse.

Weitere Wahlergebnisse.

* Berlin, 18. Juni. Bis halb 3 Uhr nachmittags wurden 395 Wahlergebnisse bekannt, davon 185 Stichwahlen. Gewählt sind 31 Konservative, 85 Zentrumsangehörige, 14 Polen, 6 Reichspartei, 54 Sozialisten, 4 Wilde, 6 Elsäßer, 5 Nationalliberale, 1 Däne, 1 Reformpartei, 3 Bauernbund. An den Stichwahlen sind beteiligt 37 Konservative, 122 Sozialdemokraten, 24 Freisinnige Volkspartei, 65 Nationalliberale, 11 Freisinnige Vereinigung, 4 Elsäßer, 8 Polen, 16 Reichspartei, 1 Bund der Landwirte, 5 Antifemiten, 36 Zentrumsangehörige, 10 Wilde, 7 Bauernbund, 8 Deutsche Volkspartei, 8 Welfen und 8 Reformpartei.

Publinik. Graf Valletrem (Zentr.) gewählt.
Großherzog. Glomast (Zentr.) gewählt.
Neustadt. Strzoda (Zentr.) gewählt.
Oppeln. Szmulka (Poln. Zentr.) gewählt.
Schrimm. Glebocki (Kole) gewählt.
Wreschen. Chladowitz (Kole) gewählt.
Schleswig. Stichwahl zwischen Mattsen (nat.-lib.) und Hoffmann (Soz.).

Landskron. Gleitsmann (Zentr.) gewählt.
Nertingen. Hebel (Zentr.) gewählt.
Bürgen. Stichwahl zwischen Brentana (Zentr.) und Schmidt (frei. Volksp.).

Burk. Starzynski (Kole) gewählt.
Wirsik. Czarlinski (Kole) gewählt.
Braunsberg. Krebs (Zentr.) gewählt.
Donauwörth. Weihenhausen (Zentr.) gewählt.
Bergheim. Breuer (Zentr.) gewählt.
Seiligenbeil. Wandels (konf.) gewählt.
Glebe. Marcour (Zentr.) gewählt.
Marienburg. Stichwahl zwischen Oldenburg-Januschaw (konf.) und Crispian (Soz.).

Leobschütz. Klose (Zentr.) gewählt.
Schweck. Stichwahl zwischen Holz (Reichsp.) und Janowski (Kole).

Augsburg. Kalkhof (Zentr.) gewählt.
Mühlheim a. Rh. Stichwahl zwischen de Witt (Zentr.) und Gilsbach (Soz.).

Siegen. Stöder (christl.-soz.) gewählt.
Goeslin. Stichwahl zwischen Kallwitz (konf.) und Barth (frei. Vereinig.).

Lauenburg a. Elbe. Stichwahl zwischen Graf Bernstorff (Reichsp.) und Rasche (Soz.).

Rosenburg-Gersfeld-Hünfeld. v. Stodhausen (konf.) 2891, Werner (deutsch-soz. Reformp.) 5545, Müller (Zentr.) 2900, Bod (Soz.) 1300 Stimmen. Stichwahl zwischen Werner und Müller.

Erbach. Stichwahl zwischen Haas (nat.-lib.) und Rau (Soz.).

Hannau. Stichwahl zwischen Dr. Lukas (nat.-lib.) und Koch (Soz.).

Hannover. Stichwahl zwischen Dr. Sattler (nat.-lib.) und Ebert (Soz.).

Wolfenbüttel. Stichwahl zwischen v. Kaufmann (nat.-lib.) und Hüte (Soz.).

Marburg. Stichwahl zwischen Rappenheim (konf.) und Gerlach (nat.-soz.).

Lauenburg. Stichwahl zwischen Wagener (frei. Vereinig.) und Leiche (Soz.).

Sagan. Stichwahl zwischen Kunze (konf.) und Müller-Sagan (Volksp.).

Breslau, Stadt. Stichwahl zwischen Strofer (konf.) und
Luhauer (Soz.).
Beuthen. Stichwahl zwischen Kroll (Zentr.) und Winter
(Soz.).
Böhlitz. Stichwahl zwischen Krämer (nat.-lib.) und
Breidebach (Zentr.).
Celle. Stichwahl zwischen Wehl (nat.-lib.) und Hohen-
berg (Welfe).
Borms. Stichwahl zwischen Hehl zu Herrnsheim (nat.-
lib.) und Blum (Zentr.).
Meiningen. Stichwahl zwischen Müller (Volksp.) und
Wehder (Soz.).
Kreuznach. Stichwahl zwischen Paasche (nat.-lib.) und
Fuchs (Zentr.).
Medienburg-Strelitz. Stichwahl zwischen Raut
(Volksp.) und Lütz (Soz.).
Apenrade. Stichwahl zwischen Raab (Reformp.) und
Wahlke (Soz.).
Bahrenfeld. Stichwahl zwischen Hagen (nat.-lib.) und
Hugel (Soz.).
Waldeck. Stichwahl zwischen Müller (Reformp.) und
Pottthoff (frei. Vereinig.).
Hildesheim. Stichwahl zwischen Wöhlendorf (konf.) und
Kunze (Soz.).
Danzig, Stadtkreis. Volksgewähl (Pole) gewählt.
Athen. Stichwahl zwischen Lengmann (Volksp.) und
Wehrens (Christl.-Soz.).
Kolberg. Stichwahl zwischen Barth (frei. Vereinig.) und
Horn (Soz.).
Landsberg. Stichwahl zwischen Böning (konf.) und
Kästel (Soz.).
Arnswalde. Stichwahl zwischen Brähe (Antif.) und
Obst (Soz.).
Königsberg, Stadt. Stichwahl zwischen Ghyling
(Volksp.) und Haase (Soz.).
Parchim. Stichwahl zwischen Pachnide (frei. Vereinig.)
und Große (Soz.).
Meseritz. Gersdorf (konf.) gewählt.
Döbeln. Grünberg (Soz.) gewählt.
Saarburg. Labroise v. Wunne (Eli.) gewählt.
Liebenwerda. Krüschel (konf.) gewählt.
Raubitz-Weißhofs. Thiele (Soz.) gewählt.
München II. v. Bollmar (Soz.) gewählt. In Mün-
chen I findet Stichwahl zwischen Virz (Soz.) mit 10 178 und
Schön (nat.-lib.) mit 6013 Stimmen statt. Franke (Zentr.) er-
hielt 5134 Stimmen.
Landau i. Pf. Stichwahl zwischen Schellhorn (nat.-lib.)
und Erlwein (Zentr.).
Immenstadt. Schmid (Zentr.) gewählt.
M-Gladbach. Hise (Zentr.) gewählt.
Breslau, Land. Limburg (konf.) gewählt.
Altona. Frohne (Soz.) gewählt.
Flauen i. W. Gerich (Soz.) gewählt mit 16 396 Stim-
men. Reibler (konf.) erhielt 8194, v. Schwarze (frei. Volksp.)
6993 Stimmen.
Königsberg i. Neumark. v. Salder (konf.) gewählt.
Zichow. Rosenow (Soz.) gewählt.
Hadersleben. Jessen (Däne) gewählt.
Geilenkirchen. Dpfergelt (Zentr.) gewählt.
Kempen. Frizen (Zentr.) gewählt.
Lhd. Stolberg (konf.) gewählt.
Othabelland. Stichwahl zwischen Pauli (Wild) und
Riehnicht (Soz.).
Hof. Stichwahl zwischen Münch-Ferber (nat.-lib.) und
Stücker (Soz.).
Raugard. Dewitz (konf.) gewählt.
Thorn. Stichwahl zwischen Graßmann (nat.-lib.) und
Breßki (Pole).
Stuhm-Marienwerder. Witt (Volksp.) mit knapper
Mehrheit gewählt.
Schlochau. Stichwahl zwischen Voelker (Antif.) und
Komicowski (Pole).
Schwerin. Stichwahl zwischen Droschler (konf.) und
Groth (Soz.).
Kietzen. Stichwahl zwischen Nebentow (Reformp.) und
Wetterlein (Soz.).
Ohlau. Stichwahl zwischen Rother (konf.) und Schneß
(Soz.).
Barbar. Schmidt (Zentr.) gewählt.
Raudom. Noerken (Soz.) mit 6 Stimmen gewählt.
Dittmarschen. Stichwahl zwischen Hoed (frei. Vereinig.)
und Müller (Soz.).
Neustadt-Carthaus. Janta-Polczynski (Pole) ge-
wählt.
Kronach. Osel (Zentr.) gewählt.
Rüchow. Stichwahl zwischen Ruffart (nat.-lib.) und
Vernstorff (Welfe).
Gnefen. Grabski (Pole) gewählt.
Militz-Trebnitz. Heydebrand (konf.) gewählt.
Sensburg. Wieberstein (konf.) gewählt.
Lobitz. Stichwahl zwischen Rastow (konf.) und Linde
(Soz.).
Stallupönen. Sperber (konf.) gewählt.
Oterode. Stichwahl zwischen Dörzen (konf.) und Gün-
ther (nat.-lib.).
Meyen-Lingen. Engelen (Zentr.) gewählt.
Salzwedel. Krüger (konf.) gewählt.
Falkenberg. Hubrich (Zentr.) gewählt.
Oschersleben. Stichwahl zwischen Kimpfen (nat.-lib.)
und Bartels (Soz.).
Göttingen. Stichwahl zwischen Olenhufen (Welfe) und
Heymann (Soz.).
Neumark. Wohl (Zentr.) gewählt.
Ingolstadt. Nischler (Zentr.) gewählt.
Dillingen. Jäger (Zentr.) gewählt.
Gomburg b. d. S. Stichwahl zwischen Jäschert (Zentr.)
und Brühne (Soz.).
Duisburg. Stichwahl zwischen Bäumer (nat.-lib.) und
Hengsbach (Soz.).
Detmold. Stichwahl zwischen Meier-Jobst (Volksp.) und
Weder (Soz.).
Hohenzollern. Dumiller (Zentr.) gewählt.
Penneberg. Elm (Soz.) gewählt.
Oldenburg, III. Durlage (Zentr.) gewählt.
Oßweiler. Fuchs (Zentr.) mit 19 Stimmen Majorität
gewählt.
Saargemünd. Baron Schmid gewählt.
Reiße. Horn (Zentr.) gewählt.
Ratibor. Franke (Zentr.) gewählt.
Glas. Hartmann (Zentr.) gewählt.
Breslau. Weß. Bernstein (Soz.) gewählt.
Ramsau. Bieg. Spiegel (konf.) gewählt.
Pöln. Stodmann (Volksp.) gewählt.
Königsberg, Land. Dohna (konf.) gewählt.
Oldenburg, I. Stichwahl zwischen Bartmann (Volksp.)
und Hug (Soz.).
Bauken. Stichwahl zwischen Gräfer (Reformp.) und
Höppner (Soz.).
Friedberg. Stichwahl zwischen Oriola (nat.-lib.) und
Wujold (Soz.).
Hagen. Fimm (Soz.) 14 118, Richter (Volksp.) 10 708
Stimmen. Stichwahl zwischen Fimm und Richter. Fünde
(nat.-lib.) 5955, Fußangel (Zentr.) 4234 Stimmen.

Osnabrück. Stichwahl zwischen Rahot (nat.-lib.) und
Schele (Welfe).
Greifenberg. Normann (konf.) gewählt.
Schwege. Stichwahl zwischen Seyboth (Volksp.) und
Hugo (Soz.).
Borna. Stichwahl zwischen Plakmann (konf.) und Schöp-
lin (Soz.).
Mittweida. Göhne (Soz.) gewählt.
Dortmund. Stichwahl zwischen Hilke (nat.-lib.) und
Bömmelburg (Soz.).
Redlinghausen. Euler (Zentr.) gewählt.
West-Friegnis. Stichwahl zwischen Stubben-
dorf (Volksp.) und Wehl (Soz.).
Möllen. Stichwahl zwischen Wainhoff (nat.-lib.) und
Goldsborn (Welfe).
Jülich. Schläter (konf.) gewählt.
Neustettin. Bonin (konf.) gewählt. Wählrecht ist
also unterlegen.
Innowaraglow. Krzyminski (Pole) gewählt.
Altenburg (Sachsen). Stichwahl zwischen Buchwald
(Soz.) und Bloedau (Wild).
Zauch-Weizig. Stichwahl zwischen v. Dörzen (Volksp.)
und Ewald (Soz.).
Malchin-Waren. Bisher erhielten Frhr. v. Malgau
(konf.) 8371, Dr. Müffelmann (frei. Vereinig.) 2429, Korenz
(Soz.) 5862 Stimmen. Es fehlen noch etwa 25 Orte.
Kotenburg a. T. Hilbert (Bauernbund) wiedergewählt.
Lauterbach. Stichwahl zwischen Wallau (nat.-lib.) und
Bündewald (Reformp.).
Kehlheim. Wigner (Ztr.) gewählt.
Straubing. Stichwahl zwischen Eichinger (Ztr.) und
Wittermeier (Bauernbund).

Aus dem englischen Parlament.

London, 17. Juni. Unterhaus. Campbell-Banner-
man nimmt Bezug auf das Telegramm der Regierung von
Neu-Süd-Wales. Unter Hinweis auf die Aeußerung des
Premierministers der Kolonie, daß das Telegramm sich auf die
Erklärungen Balfours und Chamberlains bezogen habe, fragt
er, ob Balfour dieses auf seine Rede bezügliche Mißverständnis
berichtigend wolle, angesichts dessen, daß das Haus die Gewiß-
heit habe darüber, daß, solange die vom Hause vorzunehmende
Untersuchung über das Finanzsystem im Gange sei, keine Ver-
schlüsse gefaßt und keine Maßnahmen getroffen werden.
Premierminister Balfour erwidert, er habe nichts zurück-
zunehmen oder zu erklären, bezüglich seiner Rede.
Darauf beantragt Campbell-Bannerman die Ver-
tagung des Hauses behufs Erörterung. Diese Erörterung
findet in einer späteren Sitzung statt.
Auf eine Anfrage Burtons betreffend den Schrift-
wechsel mit Deutschland über die Behandlung
Kanadas erwidert Balfour: In den Jahren 1900,
1901 und 1902 habe kein Schriftwechsel mit Deutschland statt-
gefunden. Der Schriftwechsel sei im Jahre 1903 kurz vor dem
Monat Mai aufgenommen worden. Nach dem Scheitern der
Verhandlungen mit Montreal habe kein Schriftwechsel mehr
stattgefunden.
Burton sagt dann, es sei nicht richtig, zu sagen, daß be-
harlich Vorstellungen an Deutschland gerichtet wurden.
Balfour erwidert hierauf und teilt die Tatsachen mit;
Burton müsse selbst die Schlüsse daraus ziehen.
Auf eine Anfrage bezüglich der Untersuchung über das
Finanzsystem erklärt Balfour, dieselbe habe bereits be-
gonnen.
Campbell-Bannerman begründet seinen Antrag auf
Vertagung des Hauses behufs Beratung des Telegramms der
Neu-Süd-Wales-Regierung an die englische Regierung, worin
jense die Benutzung über die Erklärung Chamberlains und
Balfours ausgesprochen, daß jeder Kolonie das Recht zuge-
standen werden soll, mit dem Mutterlande in engere Bande politischer
Beziehungen zu treten. Der Antrag wünscht, Neu-Süd-Wales
klar zu machen, daß die englische Regierung an die Aeußerung
einer vereinigten Meinung der beiden Minister nicht gebunden
sei. Campbell-Bannerman verlangt eine klare Erklärung der
Stellungnahme der Regierung.
Balfour verspottet die Opposition, daß sie kein direktes
Tadelvotum beantrage, und betont die Einmütigkeit der Regie-
rung in der Politik, eine Untersuchung des Finanzsystems an-
zustellen, und erklärt, wenn die Kolonien mit dem Mutterland
in engere handelspolitische Beziehungen treten wollten und das
Ausland die Kolonien zu strafen suchen würde, könne die Regie-
rung nicht teilnahmslos zusehen. Jenes Telegramm drücke
die Ansicht der Regierung aus.
Dilke sagt, nach der Erklärung Balfours sei die Regierung
zu den Vergeltungsmaßnahmen verpflichtet.
Balfour bekräftigt dies. Das Ziel könne auch anders
erreicht werden. Doch schreie er, wenn es nötig ist, nicht vor
Vergeltungsmaßnahmen zurück.
Grey fragt Balfour, ob er der Ansicht sei, daß gegenwärtig
eine Kolonie durch eine feindselige Unternehmung an der Aus-
übung jenes Rechtes gehindert werde.
Chamberlain steht auf und sagt: Ja, die Regierung ist
dieser Ansicht und fährt fort, er erbeide nicht den leisesten Tadel
gegen Deutschland, das ein rein ungewisselhaftes Recht ausübt,
Deutschlands Vorgehen sei keine unfreundliche Handlung und
werde sich auch nicht ändern, so lange es Englands Politik sei,
sich diesem Vorgehen zu unterwerfen. Chamberlain geht auf
die Haltung Kanadas ein, das englischen Gütern eine Vorzugs-
behandlung bewilligt und erklärt, Deutschland handele in voller
Ausübung seines Rechtes als Kanada dem Schema die Tarif-
bestimmungen unterwarf, wonach kanadische Güter in Deutsch-
land einem höheren Zoll unterliegen. Vor wenigen Wochen
hätten deutsche Zeitungen erklärt, die deutsche Politik führe da-
hin, Kanada dafür zu strafen, daß es England besondere Ver-
günstigungen einräume, um andere Kolonien abzuschrecken, diesem
Beispiel zu folgen, wobei man besonders englische Pläne für die
Vorzugsbehandlung Englands in Südafrika im Auge habe.
Chamberlain fährt fort, er behauere die gegenwärtige Politik,
welche die freundliche Ausnahmehandlung einer englischen
Kolonie möglich mache. Auf Grey's Anfrage, wie ein solcher
Fall zu verhindern sei, erwidert Chamberlain, da liege die Vor-
aussetzung vor, ob man sich mit einem solchen Fall zu beschäf-
tigen habe oder nicht. Er habe ausgeführt, wie die Angelegen-
heit vor kurzem stand. Jetzt sei ein schwerer zu verstehender
Wechsel der Meinungen eingetreten. Die deutsche Presse billigt
unser Vorgehen und gibt der Ansicht Ausdruck, daß, wenn das
Vorgehen einen Wechsel der Zollpolitik einschließt, die deutschen
Interessen nicht geschädigt zu werden brauchen, da die deut-
sche Politik entsprechend geändert werden und Deutschland
den modus vivendi mit uns finden würde. (Anhalt. Beifall.)
Augenblicklich befürchte ich nicht, daß unsere Verbündeten in
Deutschland uns in eine Lage versetzen werden, Vergeltungs-
maßnahmen wegen Kanada in Erwägung zu ziehen. Nun, im
gegenwärtigen Amt glaube ich Gelegenheit zu haben, mir ein
richtiges Urteil über die öffentliche Meinung in den Kolonien zu
bilden. (Beifall bei den Ministerien.)
Die Premierminister nahmen einstimmig die Resolution zu
gunsten der engeren Handelsvereinigung mit dem Mutterlande an.

Die Kolonien fordern die Regierung auf, ihrem Wunsch nach
einer engeren Handelsvereinigung nachzukommen, welche ich un-
bedingt als wesentlich für eine Bundesvereinigung ansehen muß.
(Lauter Beifall der Ministerien.)
Der Antrag Campbell-Bannerman auf Vereini-
gung wird mit 252 gegen 132 Stimmen abgelehnt.

Zur serbischen Königswahl.

(Telegramme.)
* Genf, 18. Juni. Das „Journal de Genève“ ver-
öffentlicht folgende Proklamation des Königs
von Serbien: „An das serbische Volk! Die Gnade
Gottes und der Wille des Volkes beriefen mich auf den
Thron meiner Vorfahren. Ich erkläre, daß ich mich der
Entscheidung des Volkes unterwerfe und heute den serbi-
schen Thron besteige. Ich betrachte es als meine ernste
Pflicht, Gott für die Gnade zu danken, und spreche gleich-
zeitig die Hoffnung aus, daß die Mächte meine auf ge-
setzlichen Wege vollzogene Thronbesteigung anerkennen
werden, dies um so mehr, als ich entschlossen bin, Serbien
einer Ära der Ruhe, Ordnung und Wohlfahrt zuzufüh-
ren. Ich erkläre, daß ich mein Königswort gebe, daß ich
die Rechte aller achten werde. Ich werde mein möglichstes
tun, um ein konstitutioneller König und Hüter der Gesetze
und des Wohlergehens meines teuren Volkes zu sein. Dar-
um fordere ich mit meinem ersten Manifest alle Kirchen-
häupter, Staatsbeamte und Militärschefs auf, in ihren
Funktionen zu verbleiben. Ich empfehle ihnen, die ihnen
anvertrauten Obliegenheiten gewissenhaft zu erfüllen und
erkläre, daß ich alle persönlichen Vorkommnisse, welche in
den letzten 40 Jahren unter den außerordentlichen Ver-
hältnissen einander folgten, der Vergessenheit übergebe.
Jeder aufrichtige Serbe wird unter meiner Regierung den
nötigen Schutz für ein moralisches und materielles Leben
finden. Die Devise meiner Dynastie war immer: „Für
das heilige Kreuz und unsere teure Freiheit!“ Mit dieser
Devise, die mich einerseits an die Armee und andererseits
an die orthodoxe Kirche bindet, besteige ich den Thron
als Peter I., König von Serbien. Ich bitte Gott, seine
Gnade über mein Volk zu verbreiten und sende allen
meine königlichen Grüsse.“
* Wien, 17. Juni. König Peter richtete an den
Kaiser Franz Joseph folgendes Telegramm:
Ich beile mich, Ew. Majestät meine Berufung auf den
serbischen Thron mitzuteilen. Durch einstimmigen Be-
schluß des Senats und der Stupischina gewählt, beab-
sichtige ich, die väterlichen Traditionen wieder aufzuneh-
men und hoffe, meinem Vaterland Freiheit und Glück
zu bringen. Ich bitte Ew. Majestät ehrfurchtsvoll, auf
mich jene Gefühle der Sympathie zu übertragen, welche
Mehrwald dieselben für meinen Vater bis zu seinem Tode
gehegt haben. Wenn Ew. Majestät geruhen, mir dieselbe
zu teil werden zu lassen, wird mir die Erfüllung meiner
Pflicht leichter gemacht werden. Ich habe die Absicht und
die Gewißheit, sie zu verdienen.
Die Antwort des Kaisers lautet:
Erkenntlich für die freundliche Mitteilung Ihrer Thron-
besteigung, lege ich Wert darauf, Sie unverweilt meiner
vollen Sympathie und meiner Wünsche für eine lange
und glückliche Regierung zu versichern. Möge es Ew.
Majestät vergönnt sein, die Ihnen zugefallene edle Mis-
sion erfolgreich durchzuführen, indem Sie Ihrem unglück-
lichen, von einer Reihe innerer Stürme schwer heim-
gesuchten Lande Frieden, Ruhe und Ach-
tung wiedergeben und es nach dem tiefen
Fall, den es jüngst infolge eines frevel-
haften, allgemein verabscheuten Ver-
brechens in den Augen der zivilisierten
Welt getan hat, wiederaufzurichten. In der
Durchführung dieser Aufgaben können Ew. Majestät auf
meine Unterstützung und Freundschaft rechnen und über-
zeugt sein, daß mir, wie Ihnen selbst, stets am Herzen
liegt, die schon seit länger Zeit zwischen unseren Ländern
bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu befestigen.
* St. Petersburg, 18. Juni. Ein vom „Regierungs-
boten“ veröffentlichtes Kommuniqué besagt: Zudem die
kaiserliche Regierung die Wahl des neuen Mo-
narchen, des Nachkommen einer ruhmvollen Dynastie,
beglückt und dem Oberhaupt des Rußland glaubensver-
wandten serbischen Volkes vollen Erfolg zu seinem guten
Beginnen wünscht, kann sie doch nicht umhin, die Zu-
versicht auszusprechen, daß König Peter I. vermögen
werde, Gerechtigkeit und festen Willen an den Tag zu
legen, indem er allem voran Maßnahmen zur Sühnung
der verabscheuungswürdigen Uebelthat ergreift und die
treubrüdigen Verbrecher, welche sich mit der Schmach des
Königsmordes bedeckt haben, strenger Strafe unterwirft.
Natürlich kann nicht die ganze Armee für das das öffent-
liche Gewissen empörende Verbrechen verantwortlich ge-
macht werden, doch wäre es für die innere Ruhe Serbiens
selbst gefährlich, die vom Militär gewaltsam bewerk-
stelligte Staatsumwälzung ohne erforderliche Sühne zu
lassen. Eine solche Unterlassung würde unvermeidlich un-
günstig auf die Beziehungen aller Staaten zu Serbien
einwirken und damit für Serbien der in der Morgenröte
beginnenden Regierung Peter I. ernstliche Schwierig-
keiten schaffen. Der Glaubensverwandte Rußland sendet
zu Gott Gebete um die Ruhe für die Seele des vorzeitig
umgekommenen Königs Alexander und seiner Gemahlin,
indem es den Segen des Allerhöchsten auf die Regierungs-
mühen Peters I. zum Wohle und Gedeihen des serbischen
Volkes herabrufft.
* Belgrad, 18. Juni. Die an der Verfassung von
1888 vorgenommenen Änderungen sind von der Stup-
schina mit 113 gegen 3 Stimmen und hierauf vom Senat

genehmigt worden. Die Deputation reist morgen früh nach Genf ab.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 18. Juni.

Heute vormittag traf der königlich bayerische Staatsminister des königlichen Hauses und des Äußern, Freiherr von Podewils-Dürnis, in Baden ein und stieg, der Einladung Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs folgend, im Schlosse ab. Freiherr von Podewils wurde um 12 Uhr von Seiner königlichen Hoheit dem Großherzog und um halb 1 Uhr von Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin empfangen. Um 1 Uhr fand zu Ehren des Ministers eine größere Frühstückstafel statt, an welcher Ihre Durchlaucht die Prinzessin Amélie zu Fürstenberg teil nahm. Von Karlsruhe waren geladen: Staatsminister von Brauer und Gemahlin, Obersthofmeister Freiherr von Edelsheim, Vizeoberzeremonienmeister Graf von Berckheim und Gemahlin, Geheimrat Dr. Freiherr von Babo und Präsident Dr. Nicolai. Außerdem waren der Amtsvorstand, Geheimere Regierungsrat Saape, Bürgermeister Ziefer und andere Personen anwesend.

Staatsminister Freiherr von Podewils reiste nachmittags nach Karlsruhe und nahm dort am Abend an einem Diner bei Staatsminister von Brauer und Frau von Brauer teil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing um halb 4 Uhr nachmittags auf Schloß Baden den englischen Bischof Wilkinson mit einer Abordnung englischer Geistlicher.

** Wie wir hören, sollen im Anschluß an die im laufenden Jahr ihrem Ende entgegengehenden Renovierungsarbeiten am Mannheimer Schloß auch die Instandsetzung des Gebäudes der früheren Sternwarte in Angriff genommen und die erforderlichen Mittel im Staatsvoranschlag für 1904/05 vorgelesen werden.

* (Großherzogliches Hoftheater.) Von der Generaldirektion des Großh. Hoftheaters wird uns zur Veröffentlichung mitgeteilt: Infolge plötzlich eingetretener Unpäßlichkeit des Herrn Pauli ist die für morgen angesetzte Aufführung von „Isebill“ unmöglich geworden. Um nun den Abonnenten der Abteilung B. dieses mit so großem Beifall aufgenommene Werk auch noch zu bringen, und um der Abteilung A. ebenso den „Pulvermacher“ zu sichern, sowie im Interesse einer gleichmäßigen Verteilung der Opernaufführungen in den Unterabteilungen wurde für morgen Freitag den 19. d. Mts. unter Abt. A. 64. Ab.-Vorst. „Der Pulvermacher zu Nürnberg“ und für Dienstag den 23. d. Mts. unter Abt. B. 63. Ab.-Vorst. „Isebill“ zur Aufführung bestimmt.

* (Der Gewerbeverein Karlsruhe e. V.) hält am Mittwoch, den 24. d. M., abends halb 9 Uhr, im Saal 3, Schrempf, die 73. Hauptversammlung ab. Die Tagesordnung enthält: Pensionskasse für selbständige Gewerbetreibende; Wahl des 1. Vorsitzenden und Ersatzwahl zweier Mitglieder in den Vorstand; Vortrag des Schriftführers des Vereins, Herrn Ingenieur Max Schmid, Gewerbelehrer, über „Schweißungen mit Phosphor“. Mit Rücksicht auf die Wahlen ist eine zahlreiche Beteiligung erwünscht; auch dürfte der Vortrag wegen den zurzeit an der elektrischen Straßenbahn täglich stattfindenden Schweißungen mittels Phosphor zum Besuche der Versammlung Veranlassung geben. Gäste sind willkommen.

... (Sitzung der Strafkammer I vom 17. Juni.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Frhr. v. Rüdiger. Vertreter der Großh. Staatsanwaltschaft: Erster Staatsanwalt Duffner. — Der Maurer Emil Holz aus Mörchi, der sich im Monat April bei dem Fahrradhändler Mappes hier ein Fahrrad im Werte von 255 M. erschwindelte, wurde wegen Betrugs zu 3 Monaten Gefängnis, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft verurteilt. — In der Anklage gegen Sophie Bacher geb. Wigganbauer aus Karlsruhe wegen Verleumdung erlante das Gericht auf Freisprechung. — Bei einer größeren Anzahl Fälle handelte es sich um Verurteilungen gegen Urteile des Schöffengerichts Karlsruhe. Der Gerichtshof verwarf die Berufungen und bestätigte damit folgende Entscheidungen der Vorinstanz: Möbeltransporteur Otto Mathias Götz aus Oberachern wegen Betrugs 3 Wochen Gefängnis; Metzger Ludwig A. Stor aus Weiler wegen Betrugs 4 Wochen Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde; Fuhrknecht Wilhelm Jakob Constantin aus Stein wegen Körperverletzung, Verleumdung und Widerstands 3 Monate 5 Wochen und 3 Tage Gefängnis; Kellnerin Therese Rupperecht aus Regensburg wegen Getrübungsunzucht 3 Wochen Haft. — In der Zeit vom November v. J. bis 1. April d. J. faßt die Dienstmagd Marie Wieland aus Strahburg der Frau E. Höberer hier, bei der sie damals in Stellung war, verschiedene Kleidungsstücke, Servietten und ein Album. Die Angeklagte erhielt 3 Monate Gefängnis, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft.

* Kleine Nachrichten aus Baden. Zwischen Dossenheim und Schriesheim wurde gestern von der Nebenbahn ein Mann aus Schriesheim überfahren. Der Schwerverletzte wurde nachts mittels Extrazuges nach Heidelberg zur Aufnahme ins Krankenhaus befördert. — Der Schreinermeister Karl Biermann in Lahr begab sich trotz Abrensens des Arztes in schwerem Zustand zur Wahlurne, um seiner Wahlpflicht zu genügen. Nachdem er seine Stimme abgegeben, brach er zusammen und mußte in seine Wohnung zurückgetragen werden. Dort starb er drei Stunden später. — Nach den vorliegenden Propositionen des Billfächer Rennvereins findet das 14. Rennen am Sonntag, den 12. Juli, statt.

** Landwirtschaftliche Versammlungen und Besprechungen. Landw. Bezirksvereine: am 20. Juni in Königsbach, am 21. Juni in Klepsau, Balzhofen und Brennet. Ländl. Kreditvereine: am 22. Juni in Stollhofen. Orts-, Konsum- und Abgabvereine: am 21. Juni in Wittentweier, am 29. Juni in Wöffingen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Wiesbaden, 18. Juni. Seine Majestät der König von Dänemark besuchte in Begleitung seines Bru-

ders, des Prinzen Hans von Schleswig-Holstein, die Fürstin zu Schaumburg-Lippe in Langenschwalbach und erhielt deren Gegenbesuch. Im Laufe des gestrigen Tages sprach der König beim Fürsten zu Wied vor, um sich nach dem Befinden des bei Potsdam verunglückten zweiten Sohnes des Fürstenpaares, Leutnant im Garde du Corps Prinz Wilhelm zu Wied, zu erkundigen.

* Hamburg, 17. Juni. Auf Ersuchen um authentische Erklärung über den Eingangszoll für Zucker in Deutschland nach dem 1. September erteilte der Reichskanzler folgende Antwort: Der aus den Vertragsstaaten stammende Zucker, ebenso der über die Zollgrenze ausgeführte und ins Inland zurückkehrende Zucker ist vom 1. September ab nach dem Satze von 18,80 M. für den Doppelzentner raffinierten oder gleichgestellten Zucker und nach dem Satze von 18,40 M. für den Doppelzentner Rohzucker zollpflichtig, ohne Rücksicht darauf, ob der Zucker vor oder nach dem Inkrafttreten des Brüsseler Vertrages erzeugt oder ausgeführt worden ist.

* Wien, 18. Juni. Der Nationalrat nahm mit 97 gegen 22 Stimmen einen Beschluß an, durch den dem Bundesrat ein Kredit von 21 700 000 Francs zur Neubewaffung der Feldartillerie mit dem 7,5 Centimeter-Rohrrücklaufgeschütz der Firma Krupp in Essen bewilligt wird. Ein Antrag, gleichzeitig auch die Organisation der Artillerie neu zu ordnen und den Beschluß einem Referendum zu unterstellen, wurde mit 95 gegen 56 Stimmen abgelehnt.

* Wien, 18. Juni. Die „Neue Freie Presse“ meldet, die Regierung lege im Herbst dem Parlament ein neues Wehrgesetz vor, das im Entwurf bereits fertig sei. Das Gesetz sehe zweijährige Dienstzeit vor mit 6 bis 8jähriger Reservezeit, je nach den Truppengattungen.

* Wien, 18. Juni. Der Rhedive von Ägypten ist aus Konstantinopel heute morgen hier eingetroffen.

* Budapest, 18. Juni. Graf Apponyi meldete seinen Rücktritt vom Präsidium des Abgeordnetenhauses an.

* Paris, 18. Juni. Der Kongregations-Ausschuß entschied sich gegen den ersten Beschluß dafür, den für die Säkularisation der Kongregationen angenommenen Wortlaut aufrecht zu erhalten. Der Präsident der Kommission, Buisson, trat von der Stelle zurück, um den Wortlaut bekämpfen zu können. Wenn Martin wurde zum Präsidenten gewählt.

* Brüssel, 17. Juni. Dem „Journal de Bruxelles“ zufolge, gelangen die Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien über den Bau einer Eisenbahnlinie von Loenen nach Aachen über Herbesthal und einer Linie von Malmedy nach Stavelot zum Abschluß.

* London, 18. Juni. Unterhaus. In Beantwortung einer Anfrage über die Beziehungen Englands zu Serbien erklärt Balfour, die diplomatischen Beziehungen hätten mit dem Tode des Königs aufgehört und seien nicht erneuert worden. Die Regierung habe erwohnen, ob sie ihrer Pflichten über die Verbrechen, welche der serbischen Hauptstadt Unruhe bereiten, durch Abberufung des britischen Vertreters Ausdruck geben solle, sie habe es aber für besser erachtet, daß derselbe an seinem Platze bleibe, um die Ereignisse zu beobachten und zum Schutze der englischen Interessen die nötigen Schritte zu ergreifen. Er werde bei der neuen Regierung nicht beglaubigt werden, ehe die englische Regierung im Besitze genauer Nachrichten darüber sei, wie jene zur Macht kam. Die Regierung höre, daß andere Mächte, über deren Haltung Nachrichten eingingen, ihren Vertreter anwießen, die vorläufige Regierung als de facto-Autorität anzunehmen, mit der die laufenden Geschäfte zu erledigen seien.

* Kopenhagen, 18. Juni. Im Parteiverhältnis ändert das Ergebnis der gestrigen Folkethingwahlen wenig. Geringe Einbuße erleiden die Liberalen, nämlich die radikalen 4 von 77 und die gemäßigten 2 von 14 Sitzen. Die Konservativen steigen von 8 auf 12, von denen 3 Freikonserwativen sind, und die Sozialdemokraten von 14 auf 16.

* Petersburg, 17. Juni. Der Verleger der antisemitischen Blätter „Snamja“ in Petersburg und „Wesarahe“ in Alschinew, Kruschewan, wurde heute nachmittag auf dem Remisprospekt von einem Israeliten, einem angehenden ehemaligen Studenten des Polytechnikums in Kiew, hinterückt mit einem Messer gestoßen und am Halbe verunndet, jedoch nicht lebensgefährlich. Kruschewan hielt den Täter mit Hilfe des Publikums fest.

* Sofia, 18. Juni. Der Staatsgerichtshof hat im Prozesse gegen mehrere Minister des Kabinetts Zwantschow gestern das Urteil gefällt. Der frühere Ministerpräsident Zwantschow und der frühere Minister der öffentlichen Arbeiten, Ponschew, wurden wegen Außerachtlassung der Bestimmungen des Gesetzes über die Vergütung der öffentlichen Arbeiten bei der Anlage von eisernen Hangardeckeln und wegen Gewährung einer Subvention der Levantelinie ohne Ermächtigung der Sobranje zu je 8 Monaten Zwangsarbeit verurteilt. Der ehemalige Minister des Innern, Rodoslawow, wurde wegen politischer Delikte ebenfalls zu 8 Monaten Kerker verurteilt. Der ehemalige Finanzminister Tenev wurde freigesprochen. Der Gerichtshof beschloß, die Verurteilten der Sobranje zur Begnadigung zu empfehlen.

* Athen, 18. Juni. Die Kammer wurde zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen.

* Scranton, 18. Juni. Der Konvent der vereinigten Grubenarbeiter wählte seine Vertreter für den Einigungsaußschuß. Von den Arbeitgebern wurde ihm die Verdicung erteilt, daß sie die von den Arbeitern eingenommene Haltung befriedigt. Daraus ist der befürchtete Ausstand abgewendet.

* Tanager, 18. Juni. Der „Times“-Korrespondent Harris wurde in der Nähe von Jeenat von Gebirgsbewohnern gefangen genommen.

* Shanghai, 17. Juni. Da die amerikanischen und japanischen Vertreter, welche über Handelsverträge mit China verhandeln, gewichtige Einwendungen gegen die Verlegung der Vertragsverhandlungen von Shanghai nach Peking machten, gab das chinesische auswärtige Amt nach.

* Yokohama, 18. Juni. Der russische Kriegsminister ist von Tokio wieder abgereist. Einem hiesigen Blatt zufolge soll zwischen dem Kriegsminister und dem japanischen Minister des Äußern ein Abkommen betr. die Mandchurei und Korea getroffen worden sein, doch wird der Meldung kein Glauben beigegeben.

Verschiedenes.

† Marienwerder, 18. Juni. (Telegr.) Durch einen toskanbrucharigen Regen ist auch im Gebiete zwischen Netze und Bischofswerder großer Schaden angerichtet worden. Die Gewernte ist vernichtet. Die Eisenbahnstrecken Marienwerder-Freystadt und Marienwerder-Thorn sind gesperrt.

† Menstein, 18. Juni. Vor dem Schwurgericht hat heute die Verhandlung in dem Prozesse gegen die Wirtin Frau Przhoda begonnen, die beschuldigt ist, ihre 4 Ghe männer vergiftet und den 5. zu vergiften versucht zu haben. Die Angeklagte bestritt ihre Schuld.

Stand der Badischen Bank

am 15. Juni 1903.

Aktiva.	
Metallbestand	6 681 268 M. 90 Pf.
Reichsbankenscheine	12 285 „ — „
Noten anderer Banken	282 500 „ — „
Wechselbestand	26 773 075 „ 05 „
Lombardforderungen	6 103 419 „ 28 „
Effekten	735 352 „ 70 „
Sonstige Aktiva	2 102 592 „ 22 „
42 690 493 M. 10 Pf.	
Passiva.	
Grundkapital	9 000 000 M. — Pf.
Reservefond	1 982 087 „ 58 „
Umlaufende Noten	16 897 100 „ — „
Täglich fällige Verbindlichkeiten	14 280 561 „ 83 „
An Kündigungssfrist gebundene Verbindlichkeiten	— „ — „
Sonstige Passiva	530 743 „ 69 „
42 690 493 M. 10 Pf.	

Die weiter begebenen, noch nicht fälligen deutschen Wechsel betragen 811 342 M. 94 Pf.

Die Direktion der Badischen Bank.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplanveränderung wegen plötzlich eingetretener Unpäßlichkeit von Max Pauli:

Freitag 19. Juni Abt. A. 64. Ab.-Vorst. (nicht Abt. B. 63. Ab.-Vorst.) statt Isebill: „Der Pulvermacher zu Nürnberg“, Oper in 4 Akten von Philipp Bode. Mittelpreise statt große Preise. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Samstag, 20. Juni. Keine Vorstellung.

Sonntag, 21. Juni. 25. Vorst. außer Ab. (Große Preise.) Einmaliges Gastspiel der Königl. Kammerfängerin Emilie Herzog von der Berliner Hofoper: „Don Juan“, große Oper in 2 Akten mit den dazu komponierten Rezitativen von W. A. Mozart. Donna Anna: Emilie Herzog. Anfang halb 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

Wetter am Mittwoch, den 17. Juni 1903.

Hamburg, Swinemünde, Breslau und Metz trüb, Chemnitz ziemlich heiter; Münster nachmittags Regen; München nachts Regen; Neufahrwasser anhaltend Regen.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 18. Juni 1903, vormittags 7 Uhr.

Triest halbbedeckt 20 Grad; Nizza halbbedeckt 15 Grad; Florenz wolkenlos 15 Grad; Rom bedeckt 15 Grad.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hydrogr. vom 18. Juni 1903.

Mit Ausnahme des Südens wird ganz Europa von hohem Druck bedeckt, der flache Minima über der Biscayasee und über Südnorwegen aufweist. Das Wetter ist in der westlichen Hälfte Mitteleuropas meist trüb und regnerisch, in der östlichen dagegen heiter. Bewölkte und häufiges Wetter mit Regenfällen ist zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Juni	Barom.	Therm.	Wet.	Feuchtigk.	Wind	Himmel
	mm	in C.	in mm	in %		
16. Nachts 9 ⁰⁰ U.	747.9	14.4	9.0	74	SE	bedeckt
17. Mrgs. 7 ⁰⁰ U.	748.5	13.4	8.3	73	SE	„
17. Mitts. 2 ⁰⁰ U.	747.9	17.0	7.7	54	„	„
17. Nachts 9 ⁰⁰ U.	748.3	14.6	8.9	72	SE	„
18. Mrgs. 7 ⁰⁰ U.	746.6	11.4	8.3	83	E	„
18. Mitts. 2 ⁰⁰ U.	744.3	22.0	9.7	50	NE	„

1) Hochnebel.

Höchste Temperatur am 16. Juni: 18.3; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 12.4.

Niederschlagsmenge des 16. Juni: 0.0 mm.

Höchste Temperatur am 17. Juni: 18.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 7.8.

Niederschlagsmenge des 17. Juni: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 17. Juni: 4.73 m, gefallen 12 cm. — 18. Juni: 4.64 m, gefallen 9 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kach in Karlsruhe.

Verhaber eines einmaligen zur schnellen Entscheidung führenden Glücksversuchs glauben wir auf die nach einem Inserat unseres heutigen Blattes vom 23. Juni d. J. ab zur Auspielung gelangende Gothaer Geldlotterie aufmerksam machen zu sollen.

